

Heidrun Frieze
Das Ende der Menschenrechte

Über dieses Buch

Europas Grenzen sind die tödlichsten der Welt. An den einstigen Markierungen kolonialer Gebiete treffen sich Leben und Tod, Humanität und Feindschaft, Lebensrettung und Alltagsrassismus. Migration als eine zentrale Frage der Gegenwart wirkt dabei auch ins Innere einer angespannten Gesellschaft: Wer darf zu uns kommen? Wer wird als illegal markiert? Wo verdichten sich Feindbilder? Heidrun Frieße versteht derzeitige Migrationspolitiken als Teil eines Kriegsszenarios und zeigt deren innere Logik von Feindschaft und Todespolitik. Sie formuliert die existenzielle Frage nach der Universalität der Menschenrechte und plädiert für Verantwortung und Rechenschaftspflicht.

Heidrun Frieze

Das Ende der Menschenrechte

Leben oder Tod
an Europas Grenzen

I GEGENWARTSFRAGEN



Psychosozial-Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Originalausgabe
© 2025 Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG
Gesetzlich vertreten durch
die persönlich haftende Gesellschaft Wirth GmbH,
Geschäftsführer: Johann Wirth
Walltorstr. 10, 35390 Gießen, Deutschland
06 41 96 99 78 0
info@psychosozial-verlag.de
www.psychosozial-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche
Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung
elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining
im Sinne von § 44b UrhG vor.

Druck und Bindung: Druckhaus Bechstein GmbH,
Willy-Bechstein-Straße 4, 35576 Wetzlar, Deutschland
Printed in Germany

ISBN 978-3-8379-3392-5 (Print)
ISBN 978-3-8379-6342-7 (E-Book-PDF)
ISSN 2943-5439 (Print)
ISSN 2943-5447 (Digital)

Inhalt

Vorwort	7
Szenen: Leben oder Tod	9
Biopolitiken, Sicherheit und Humanitarismus	33
Postkoloniale Lager, Grenzen und Menschenhandel	59
Feindschaft, Alltagskrieg und Todespolitiken	85
Für ein plurales Zusammenleben und die Stärkung der Menschenrechte	103
Literatur	139



Vorwort

In den letzten Jahren hatte ich vielfach Gelegenheit, den Verknüpfungen zwischen postkolonialen europäischen Todespolitiken, Mobilität, Alltagsrassismus, Gastfreundschaft und der demokratischen Ordnung nachzugehen und diese an unterschiedlichen Orten zu diskutieren. Entstanden sind so Texte, auf die sich auch die folgenden Bemerkungen berufen. Diese Texte waren – auch wenn sie sich im Kreis bewegt haben – immer auch Versuche, die Fassungslosigkeit über das Geschehen an Europas Grenzen in Worte zu fassen, gerade dann, wenn Rechtlosigkeit und Ungerechtigkeit buchstäblich die Sprache verschlagen.

Für gemeinsame Jahre dankbar sind die Anmerkungen dem Gefährten Pippo Di Falco gewidmet.

Genova, im April 2025



Szenen: Leben oder Tod

»Gerechtigkeit wartet nicht. Sie ist jenes, was nicht warten darf, was nicht warten muss.«

Jacques Derrida (1991, S. 54)

Europas Migrationspolitiken töten oder lassen töten. Folgen wir der International Organization for Migration (IOM), sind seit 2014 mindestens 32.763 Menschen im Mittelmeer umgekommen oder werden vermisst.¹ Wir sind längst daran gewöhnt worden, Wirklichkeit in Zahlen, Statistiken, Tabellen zu übersetzen, um an dieser Buchführung dann das Gewicht eines Geschehens zu messen und den alltäglichen Gefühlshaushalt auszurichten. Doch es ist sinnlos, die Toten zählen zu wollen. Zahlen sind keine Menschen. Sie sind nur noch ein entfernter Verweis auf individuelle Leben, Ansprüche, Wünsche, Träume, Zwänge, Notwendigkeiten, Schicksale und Zugehörigkeiten. Dabei geht es ja um die Illusion, jeweils individuelle Lebensentscheidungen in Zahlenreihen zu fassen, und das Verdrängen dessen, was wir nicht sehen wollen oder sollen: den unwiederbringlichen Verlust von Mitmenschen, die in Rechenkünsten verschwinden, wie hinter dem Vorhang, der Europas Todespolitiken gnädig verbergen soll. Wer sich auf dieses magische Verwandlungsspiel einlässt, verliert aus den Augen, warum diese einzigartigen Individuen starben, warum man sie achselzuckend sterben lässt. Was ver-

¹ Siehe dazu <https://missingmigrants.iom.int>

bindet den Zufall der Geburt an einem Ort mit der Möglichkeit zu Mobilität?

»In den frühen Morgenstunden des 26. Februar 2023 verunglückte ein Holzboot in der Nähe des Ufers von Cutro, Italien. An Bord waren fast 200 Menschen, hauptsächlich Flüchtlinge aus Afghanistan. Mindestens 94 von ihnen starben, darunter 35 Kinder. Das überladene Boot war sechs Stunden vor dem Unglück von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex gesichtet worden und war in Seenot [...]. Frontex und die italienischen Behörden schoben sich gegenseitig die Schuld zu« (Azimi et al., 2023).²

Die italienische Öffentlichkeit war empört und der Staatspräsident eilte an die in einer Sporthalle aufgebahrten Särge. Die neue Regierung versammelte ihre Minister vor Ort – doch nicht etwa, um Verantwortlichkeiten für diese Tode zu klären und Gesetze zurückzunehmen, die Seenotrettungen behindern, sondern um neue verschärfte Gesetze anzukündigen. Die ministeriale Wagenkolonne wurde daraufhin von aufgebrachten Einwohnern von Cutro, die die Rettungsaktion am Strand geleistet hatten, unter den Rufen »Schande, schämt euch« mit Plüschtieren beworfen.³ Das symbolische Tribunal gegen Todespolitiken verteilte Verantwortlichkeit, während

2 Soweit nicht anders angegeben und in den Literaturangaben ersichtlich, sind alle Übersetzungen im vorliegenden Band von mir (H.F.).

3 Siehe dazu <https://www.youtube.com/watch?v=BPAzmD46z1E> sowie <https://www.youtube.com/watch?v=bIXqpLCcWyQ>. Wegen des verspäteten Einsatzes ist gegen sechs Mitglieder der italienischen Küstenwache und der Finanzpolizei Anklage erhoben worden.

der Innenminister forderte, »diese Fahrten müssen gestoppt werden«. Gemeint waren mitnichten sichere Wege, sondern nichts anderes als die weitere Einschränkung der Freizügigkeit eines Teils der Menschheit. Ministerpräsidentin Meloni kündigte an:

»Das von den Schmugglern begangene Verbrechen wird von Italien verfolgt werden, auch wenn es außerhalb seiner Grenzen begangen wird: [...] ›Wir werden nicht nur gegen die Schlepper auf den Booten vorgehen, sondern auch gegen diejenigen, die dahinterstecken‹ [...]«⁴

Am Samstag, den 18. Januar 2025, besucht General Najeem Osama Almasri in Turin das Fußballspiel Juventus gegen Mailand und kehrt danach in sein Hotel zurück. Der General ist Leiter der libyschen Gefängnispolizei und steht an der Spitze der paramilitärischen Gruppe Rada. Diese operiert östlich von Tripolis zur Unterstützung der Regierung und ist für Folter in den Migrantenlagern von Ain Zara und Mitiga verantwortlich. Am nächsten Morgen wird er von Sicherheitskräften der Digos, einer Abteilung für Sondereinsätze, festgenommen. Gegen ihn besteht ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag »wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen

4 <https://video.corriere.it/politica/meloni-cutro-per-scafisti-reato-universale-perseguibile-anche-estero-pene-fino-30-anni/08d22720-bea3-11ed-bacc-78c97ee81f40>

begangen im Gefängnis Mitiga (Libyen) seit dem 15.2.2011, die mit einer Höchststrafe von lebenslangem Freiheitsentzug geahndet werden«.⁵ Am Dienstagmorgen fliegt eine Falcon 900 des italienischen Geheimdienstes vom Flugplatz Rom-Ciampino in Richtung Turin. Offenbar besteht in den Ministerien kein politischer Wille, den Gesuchten in Italien festzuhalten und dem Gerichtshof zu überstellen. Ohne die gesetzlich vorgesehene Konsultation des Justizministers mit dem Strafgerichtshof, ohne die vorgeschriebene Weitergabe der Unterlagen⁶, muss das Appellationsgericht in Rom den General freilassen. Er darf am Abend das am Vormittag schon bereitgestellte Flugzeug besteigen, und so wird der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesuchte General in der italienischen Staatsmaschine nach Libyen ausgeflogen. Bei seiner Ankunft am – durch Zwangsarbeit der Eingekerkerten erbauten – Flughafen Mitiga wird er mit Feuerwerk von einer Menge begeistert empfangen. Italien hat seit 2008 ein Freundschaftsabkommen mit Libyen, die größte italienische Ölgesellschaft ENI ist dort tätig. Seit 2017 gibt es Migrationsabkommen mit der ehemaligen Kolonie, und Italien macht sich seit Jahren mitschuldig, hat Folter und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgelagert. Internationales Recht wird nicht nur ausgesetzt, sondern mit Füßen getreten, und Gesetzlosigkeit im Jubel der Anhänger des Folterers besiegelt.

5 <https://www.giurisprudenzapenale.com/2025/01/23/caso-almasri-lordinanza-della-corte-di-appello-di-roma/>

6 Siehe dazu Gesetz Nr. 237 vom 20. Dezember 2012. Vorschriften zur Anpassung an die Bestimmungen des Gründungsstatuts des Internationalen Strafgerichtshofs (13G00007), einsehbar unter <https://www.normattiva.it/uri-res/N2Ls?urn:nir:stato:legge:2012;237>

Das Römische Statut aus dem Jahr 2002 – von Italien 2021 ratifiziert – verpflichtet die 125 Vertragsstaaten zur Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Postkoloniale Amnesie wird zu Amnestie. Es gibt ein Recht, das es doch nicht gibt, Gesetze, die angewendet werden oder auch nicht, Strafverantwortung oder Immunität.

Anfang des Jahres melden die europäischen Grenzschützer von Frontex einen schönen Erfolg: »Irreguläre Grenzübertritte in die EU gehen 2024 stark zurück [...]. Der Rückgang der Gesamtzahl ist vor allem auf einen 59-prozentigen Einbruch der Ankünfte über die zentrale Mittelmeerroute zurückzuführen« (Frontex, 2025a).

»Zwingende Geburtenkontrolle im Kontinent Afrika wäre ein erster Schritt zum Überleben. Jedes Jahr bis zu 70 bis 80 Millionen neue Mitbewohner kann der Kontinent nicht mehr lange »vertragen«. Zudem kann man sich zunächst immer nur das leisten, was man selbst versorgen kann. Auch die Akzeptanz des Schicksals dort geboren zu sein, wäre ein weiterer Schritt, um sich auch dort zwingend einrichten zu müssen.«⁷

Wer in einem armen Land geboren ist, hat auf seiner Scholle zu bleiben, Mobilität ist Privileg, das nur den Staatsbürgern

7 <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-11/seenotrettung-fluechtlinge-lybien-folter-asylpolitik?cid=22934576#cid=22934576>. Die Leserkommentare auf *ZEIT Online* zur Migrationspolitik habe ich meinem über die Jahre gesammelten Fundus entnommen und an anderer Stelle ausführlicher interpretiert (Frieze, 2019b, 2024, S. 245–249).

reicher Staaten zusteht. So machen sich auch eifrige deutsche Bürger und *ZEIT*-Abonnenten Gedanken, wie dieses ererbte Vorrecht gegen feindliche Eindringlinge zu verteidigen und eigener Wohlstand zu sichern sei, welches Humankapital dafür vonnöten und welches keinesfalls geeignet ist. Bewegung von Anderen wird eigenem ökonomischen Kalkül des *homo oeconomicus* unterworfen, dessen Ratio in Fleisch und Blut übergegangen ist und sich nach bestem Nutzen und Vorteil für das eigene Leben ausrichtet. Einmal selbst zu beliebigem Humankapital geworden, feiert man im Alltagsrassismus die eigene Unterwerfung und trägt sie beflissen weiter. Gegen Nutzlose und Untaugliche darf, ja muss entschieden vorgegangen werden, damit das eigene Leben bestehen kann. Es gibt ein Zuviel an Menschenleben dort, dem ein Zuwenig an Leben hier entspricht. Biologie, einmal zu Politik und Ökonomie geworden, erlaubt die Gewalt der Zuweisung von Schicksal, das man bestimmt, das man alltäglich befördert, damit einem selbst dieses Schicksal erspart bleibt. Mitbürger, denen das Leben zur Last geworden zu sein scheint, die diese Last im Anderen erkennen wollen, durchtrennen mit Worten das Band gemeinsamer Menschlichkeit. »Europa kann diese Leute nicht alle gebrauchen. Also zurück nach Afrika mit denen!«⁸, schreit *vox populi* vom sicheren Ufer aus und liefert das Kanonenfutter gegen den ausgemachten Feind. Die Stimme des Volkes hat im >denen< schon das gemeinsame Menschsein und ein >Wir< ausgeschlossen, alltagsrassistische Trennungen exerziert und im >zurück< die »Mülldeponien

8 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-06/lifeline-unhcr-iom-kritik-eu-asyl-rettungsschiffe?cid=20879901#cid=20879901>

für den menschlichen Abfall« bestimmt (Bauman, 2004, S. 8), auf denen ein Gutteil der Menschheit sich zwingend einzurichten hat.

»Dass man fast 90 % aus jungen Männern bestehenden Flüchtlingen aus Afrika und dem nahen Osten dort kritischer gegenübersteht hat mit Ausländerfeindlichkeit wenig zu tun, sondern ist einfach gesunder Menschenverstand.«⁹ Die mächtige, zähe Arbeit der Rassismen und ihrer Trennungen ist so wirksam, dass sie nun als natürlich, gar als »gesunder Menschenverstand« und Ausdruck allgemeinen »gesunden« Volksempfindens erscheinen, Geltung beanspruchen und politisches Gehör einfordern. Brave Alltagsbürger entwerfen Schlachtpläne. Sie bauen eilfertig an – nach innen und außen militärisch zu sichernden – kolonialen Exklaven und denken an bekannte, amtlich-bürokratische Regelungen aus dem gewohnt heimischen Dienstalltag. Sie haben schon ein »Berufsbedarfsplanungsgesetz« und »Umlaufmappen« zur Lagerverwaltung an fernen Orten in der banalen heimischen Büroschublade parat,¹⁰ mit dem sich Deportationen ordnungsgemäß, korrekt und penibel regeln lassen. Vor derart eingeffleischter Lagermentalität ist niemand sicher: »Bei dem Geld, das allein Deutschland ausgibt, könnte man dort erheblich Land kaufen und große Exklaven mit Häusern, Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsbetrieben errichten, nach innen sichern und gegen Angriffe

⁹ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/upahl-mecklenburg-fluechtlingsunterkunft-landrat-buergerdialog?page=14#comments>

¹⁰ Siehe dazu <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-03/migranten-boot-unglueck-mittelmeer-vermisste?page=2#comments>

von Außen schützen.«¹¹ Die Promiskuität zwischen Alltagsrassismus und postkolonialen Migrationspolitiken hat Pläne ausgearbeitet. Politischer Wille hat bereits Lager im befreundeten Albanien geschaffen, in denen in Schnellverfahren der Asylanspruch geprüft und Abschiebehaft exekutiert werden sollen. Die Menschenkäfige im albanischen Lager messen 6 mal 2,50 Meter; diese 15 Quadratmeter teilen sich vier Männer, also stehen jedem 3,75 Quadratmeter zur Verfügung. Bett und Tisch – die gehen von den 15 Quadratmetern ab – sind einbetoniert (Zancan, 2024). Dazu gibt es Tütenfutter und Kameras, aber keine Steckdosen – Strafe dafür, aus einem Land nach Europa zu fliehen. Das Tierschutzgesetz Österreich sieht für einen Hund vor: »Die Bodenfläche muss mindestens 15 Quadratmeter groß sein. Diese Fläche muss uneingeschränkt benutzbar sein.«¹² Das deutsche Tierschutzgesetz fordert für Hunde mit »Widerristhöhe über 65 cm eine Bodenfläche von mindestens 10qm«.¹³

Auch manche akademische Juristerei befeuert die Volksafekte, steht mit Rat und Tat zu Hilfe, wie die Käfighaltung in Europa und an seinen unsichtbaren Grenzen umzusetzen sei. Juristische Politikberatung stellt im *SPIEGEL* an »Stell-

11 <https://www.zeit.de/politik/2023-02/gefluechtete-migrationspolitik-eu-gerald-knaus?page=2#comments>

12 https://www.oesterreich.gv.at/themen/reisen_und_freizeit/haustiere/1/1/Seite.742150.html

13 https://www.gesetze-im-internet.de/tierschhuv/_6.html